


Abo [Kritik an der Maturareform](#)

Historiker bangen um ihr Fach

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine zeigt, wie wichtig fundiertes Geschichtswissen ist. Doch wie viel Raum wird in Zukunft der Geschichtsunterricht am Gymnasium haben?

[Alessandra Paone](#)

Publiziert: 21.03.2023, 05:45

 Aktualisiert: 21.03.2023, 16:15

Die gymnasiale Matur wurde vor über einem Vierteljahrhundert das letzte Mal reformiert. Damals hatten viele Haushalte noch keinen Computer. Informatikunterricht brauchte es nicht, soziale Medien gab es nicht, und recherchiert wurde hauptsächlich in der Bibliothek. Megatrends wie etwa die Globalisierung und die Digitalisierung, aber auch aktuelle Fragen zur partizipativen Gesellschaft oder zur Nachhaltigkeit machen nun aber eine Anpassung nötig.

Die Kantone und die einzelnen Gymnasien haben in den vergangenen Jahren zwar einiges angepasst. 2018 wurde etwa Informatik als obligatorisches Fach eingeführt. Die Grundstruktur der Matura blieb aber unverändert.

Mit dem Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, soll die Maturität schweizweit vereinheitlicht werden: Die gymnasiale Ausbildung dauert neu für alle Kantone vier Jahre, gleichzeitig werden die Anforderungen an die Maturandinnen und Maturanden im ganzen Land aufeinander abgestimmt.

Die Reform strebt zudem eine Ausweitung der Wahl- und Maturafächer an. Informatik wie auch Wirtschaft und Recht werden in allen Kantonen zu Grundlagenfächern. Die beiden Fächer sind bereits jetzt obligatorisch; ihr bisher zweitrangiger Status als Fächer ohne Maturitätsnote wird nun aber demjenigen der anderen Fächer angeglichen. Philosophie

und Religionen können als weitere Grundlagenfächer oder eine Kombination aus den beiden Fächern als weiteres Grundlagenfach angeboten werden. Das neue Reglement soll voraussichtlich im Sommer 2024 in Kraft treten.

Ein «Reförmchen»

Der Entwurf stösst aber auf viel Kritik. Der Wirtschaft etwa geht die Reform zu wenig weit, Economiesuisse spricht gar von einem «Reförmchen». Der Verband hätte sich einen stärkeren Fokus auf die Mint-Kompetenzen gewünscht, also auf die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. «Nicht nur, weil Mint-Berufe immer wichtiger werden, sondern auch, weil es fast keine Berufe mehr gibt, bei denen diese Kompetenzen keine Rolle spielen», schreibt der Wirtschaftsverband in seiner Stellungnahme.

Am lautesten protestieren aber die Historikerinnen und Historiker. Sie befürchten, dass wegen der angestrebten Ausweitung der Wahl- und Maturafächer ihr eigenes Fach zu kurz kommt. Geschichte gehört wie auch Geografie zum geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Diesem sind neu auch Wirtschaft und Recht sowie je nach Kanton Philosophie und Religionen zugeteilt.

Gemäss einer Erhebung der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) in Schweizer Gymnasien nimmt das Fach Geschichte derzeit durchschnittlich rund 6 Prozent der Unterrichtszeit ein. Doch die Unterschiede sind je nach Kanton und Schule gross: In einigen Schulen sind es 8 Prozent, in anderen nur 5 Prozent.

«Politische Bildung ohne Geschichte wäre sinnlos.»

Sacha Zala, Professor und
Präsident der Schweizerischen
Gesellschaft für Geschichte

«Besonders in Kantonen mit einer starken Wirtschaftslobby dürfte die Aufnahme des Fachs Wirtschaft und Recht zulasten von Geschichte erfolgen», sagt Sacha Zala. Er ist Professor an der Universität Bern und SGG-Präsident.

«Gerade der Krieg in der Ukraine zeigt die Bedeutung eines starken, wissenschaftlich fundierten Geschichtsunterrichts in der Schweiz», sagt Zala. Die im Unterricht erlernte Kompetenz der Quellenkritik sei eine zentrale Voraussetzung, um im digitalen Raum zwischen Fakten und Unwahrheiten zu unterscheiden. Um zu verstehen, dass die russische Regierung durch Geschichtsverfälschung versucht, die militärische Aggression zu legitimieren. «In den letzten Monaten waren es die Geschichtslehrpersonen, die den Schülern beibrachten, den Strom von Bildern und Videos in den sozialen Medien aus dem Ukrainekrieg einzuordnen.»

Mehr Lektionen für Geschichte

Die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte fordert nun, dass der Anteil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer an der gesamten Unterrichtszeit mindestens 15 und nicht wie vorgesehen nur 12 Prozent beträgt. Ausserdem ver-

langt die SGG, dass der Lead für die politische Bildung klar beim Fach Geschichte liegt und verbindlich 1 Prozent der Unterrichtszeit dafür zur Verfügung steht. Der Geschichtsunterricht vermittele den Schülerinnen wichtige Kenntnisse, die ihnen helfen, sich als Staatsbürgerinnen einer «Willensnation» zurechtzufinden, sagt Zala. «Politische Bildung ohne Geschichte wäre also sinnlos.»

Daniel Siegenthaler ist Co-Projektleiter der Reform. Er hält die Befürchtungen der Historikerinnen und Historiker für unbegründet. Die Bedeutung des Fachs Geschichte sei unbestritten und werde durch die Reform nicht vermindert, sagt er. Es spiele auch eine wichtige Rolle in der politischen Bildung, die gestärkt werden solle.

«Die Projektleiter versuchen uns zu beschwichtigen. Der Fall St. Gallen zeigt aber, dass unsere Befürchtungen berechtigt sind», sagt Zala. Dort plant der Kanton parallel zur nationalen Maturareform eine eigene Gymnasiumsreform. Diese will den Lernenden mehr Wahlkationen bieten. Das würde aber bedeuten, dass bei den Grundlagenfächern, zu denen auch Geschichte gehört, abgebaut werden müsste. Zudem soll Geschichte nur noch in den ersten zwei Jahren am Gymnasium unterrichtet werden.

Für den Historiker Zala ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen. «Wir werden durch Öffentlichkeitsarbeit versuchen, die Aufmerksamkeit auf unser Anliegen zu lenken», sagt er. Zudem stehe ja noch die politische Debatte an.

Alessandra Paone ist Redaktorin im Inlandressort und schreibt dort vor allem über gesellschaftspolitische Themen. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? Jetzt melden.